

### 3. Kapitel      Kernschnittstellen zum Energierecht

#### I. Vertragsrecht

**5. Onlinevertragsrecht.** Auch das Online- oder Internetrecht hat sich inzwischen zu einem eigenen Rechtsgebiet etabliert. Es umfasst beispielsweise das Domain-, Urheber- und Namensrecht sowie deren Abgrenzung voneinander, das Haftungsrecht, die Rechte- und Pflichten von Website-Betreibern.

**a) Widerrufsbelehrung.** Weil insbesondere in Energielieferverträgen Widerrufsbelehrungen wiederholt diskutiert werden, soll hierauf sowie auf einige aktuelle Entwicklungen kurz näher eingegangen werden.

**Ausgangsfall:** K & L schließt mit der SuperStrom AG im Internet einen Stromliefervertrag, den die SuperStrom AG per Mail einige Stunden später mit folgender Widerrufsbelehrung bestätigt:



*„Der Kunde kann seine Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform und nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und 2 EGBGB sowie auch nicht vor Erfüllung unserer Pflichten gemäß § 312e Abs. 1 Satz 1 BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 3 EGBGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist an die SuperStrom AG... zu richten. Widerrufsfolgen: Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z.B. Zinsen) herauszugeben. Kann der Kunde die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, muss der Kunde der SuperStrom AG insoweit ggf. Wertersatz leisten. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden.*

*Die Frist beginnt für den Kunden mit der Absendung seiner Widerrufserklärung, für die SuperStrom AG mit deren Empfang.“*

K hält die Widerrufsbelehrung für rechtswidrig, L meint Energielieferverträge brauchen keine Widerrufsbelehrung, denn nach § 312d Abs. 4 Ziffer 1 BGB findet das Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen keine Anwendung bei Waren, die auf Grund ihrer Beschaffenheit nicht für eine Rücksendung geeignet sind. K fragt: „Kann man Strom zurücksenden?“

Richtig ist, dass es sich bei Energielieferverträgen, die über das Internet abgeschlossen werden, um Fernabsatzverträge bzw. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr i.S.d. § 312b BGB handelt.

**Fernabsatzverträge:** Fernabsatzverträge sind Verträge über die Lieferung von Waren oder über die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Finanzdienstleistungen, die zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln abgeschlossen werden, es sei denn, dass der Vertragsschluss nicht im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems erfolgt (so § 312b Abs. 1 Satz 1 BGB).



**Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr:** Bedient sich ein Unternehmer zum Zwecke des Abschlusses eines Vertrags über die Lieferung von Waren oder über die Erbringung von Dienstleistungen eines Tele- oder Mediendienstes, liegt ein Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr vor (so § 312g Abs. 1 BGB).



Die Abgrenzung ist mitunter gar nicht so einfach, teilweise auch gar nicht möglich. Ein über das **Telefon** abgeschlossener Energieliefervertrag ist ein Fernabsatzvertrag, ein ausschließlich über das Internet abgeschlossener Vertrag ist darüber hinaus ein Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr, muss also die Anforderungen erfüllen, die an einen Fernabsatzvertrag und an einen Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr gestellt werden. Davon wiederum abzugrenzen sind **Haustürgeschäfte** (§ 312 BGB).

Zurück zur Ausgangsfrage, zur grundsätzlichen Erforderlichkeit **von Widerrufsbelehrungen** in Energielieferverträgen. Der BGH hat sich am 18.3.2009, Az: VIII ZR 149/08 damit beschäftigt; nach Auffassung des Gerichts hängt die Entscheidung von der Auslegung der Richtlinie

1997/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz ab. Der BGH hat die Frage deshalb dem EuGH zur Vorabentscheidung vorgelegt. Nach Auffassung des Gerichts sprechen Wortlaut (Rdn. 16), Entstehungsgeschichte (Rdn. 17) und Systematik (Rdn. 18) der Richtlinie gegen ein **Widerrufsrecht** bei Energielieferverträgen, Sinn und Zweck (Rdn. 19) aber dafür. Leider hat der EuGH die Sache nicht entschieden, weil das Verfahren am 20.4.2010 durch Anerkenntnisurteil vor dem BGH entschieden wurde. Die Frage ist also weiterhin offen.

Ausgehend davon, dass eine Widerrufsbelehrung erforderlich ist; wie müsste sie aussehen? Bis zum 3.11.2011 galten die Mustertexte aus der BGBInfoV. Seit dem 4.11.2011 gilt die neue Fassung des § 360 Abs. 3 BGB. Das ist überspitzt formuliert „**Fluch und Segen**“ zugleich, warum?

**Rechtmäßigkeitsfiktion:** Nach § 360 Abs. 3 BGB genügen die Verbrauchern gemäß § 355 Abs. 3 Satz 1 mitzuteilende Widerrufsbelehrung den Anforderungen des Absatzes 1 und den diesen ergänzenden Vorschriften dieses Gesetzes, wenn das Muster der Anlage 1 zum Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche in Textform verwendet wird. Mit anderen Worten: Hält man sich strikt an den Wortlaut - so sperrig dieser auch sein mag -, ist die Widerrufsbelehrung rechtmäßig.



Der neue § 360 Abs. 3 BGB schafft mehr Rechtssicherheit, führt aber in der Praxis dazu, dass die Widerrufsbelehrung sehr viel allgemeiner, teils etwas sperriger formuliert wird. Der Reihe nach: § 360 Abs. 3 BGB verweist auf § 355 BGB. § 355 BGB verweist auf Art. 246 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, kurz BGBEG. Art. 246 BGBEG besteht aus drei Paragraphen. § 2 Abs. 3 aus Art. 246 BGBEG verweist in die Muster der Anlage 1 am Ende des BGBEG. Diese Anlage 1 besteht aus einem Mustertext für Widerrufsbelehrung mit insgesamt 14 Gestaltungshinweisen. Der Mustertext kann also nicht einfach übernommen werden, sondern muss noch nach Maßgabe der **Gestaltungshinweise** angepasst werden.

Noch einmal zum Ausgangsfall. Im Beispiel beginnt die Widerrufsfrist nach Erhalt der Belehrung in Textform und nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten. Nach Gestaltungshinweis 3 b) Anlage 1 des BGBEG darf die Frist nicht „vor Eingang der Ware beim Empfänger (bei der wiederkehrenden Lieferung gleichartiger Waren nicht vor Eingang

der ersten Teillieferung)“ beginnen. Damit entspricht die Widerrufsbelehrung im Beispiel nicht dem Mustertext, die **Rechtmäßigkeitsfiktion** greift also nicht.

Sinn und Zweck der Vorschrift ist, dass der Kunde die Ware nach Erhalt prüfen kann. Das hat bei einem Staubsauger oder einem Anzug Sinn, der Staubsauger könnte kaputt sein, der Anzug nicht passen. Bei Strom- und Gaslieferung ist es eher lebensfern, dass ein Kunde bei einem Lieferantenwechsel Stromstärke und Stromspannung misst. Selbst wenn er zu dem Ergebnis käme, dass die Stromspannung zu niedrig ist, fiel dies wohl nicht in den Verantwortungsbereich des neuen Lieferanten, sondern in den des Netzbetreibers. **Stromlieferungen** sind ja **virtuelle Lieferungen**. Nimmt man die Musterbelehrungen weiter beim Wort, müsste auch bei Strom und Gas unterschiedlich belehrt werden, weil Gas, anders als Strom, eine Sache ist.

**b) Neue Informationspflichten.** So betrifft das Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr und zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes vom 10. Mai 2012, in Kraft getreten zum 1.8.2012 auch Energielieferverträge im Internet.

**aa) Buttonlösung.** Die Schaltfläche, der „Bestellbutton“, muss nun so ausgestaltet werden, dass ein Käufer durch ein entsprechend eindeutig gestaltetes Feld darauf aufmerksam gemacht wird, dass die Leistung, die er in Anspruch nehmen möchte, kostenpflichtig ist. Formulierungen wie „bestellen“ oder „Bestellung abgeben“ seien danach regelmäßig nicht mehr geeignet, die Entgeltspflichtigkeit einer Leistung für den Verbraucher hinreichend deutlich zu machen, weil im Internet auch kostenfreie Leistungen - wie zum Beispiel ein Abonnement für einen Newsletter oder eine kostenlose Produktprobe - „bestellt“ werden können (so die Begründung des Gesetzgebers in: BT-Drucksache 17/7745, Seite 12). Die Bestellbuttons müssen nun Beschriftungen wie zum Beispiel „kostenpflichtig bestellen“, „zahlungspflichtigen Vertrag schließen“ oder „kaufen“ tragen (so Gesetzgebers weiter in: BT-Drucksache 17/7745, Seite 12).

**bb) Preisbestandteile.** Nach § 41 Abs. 1 Satz 2 EnWG bleiben die Informationspflichten gemäß Artikel 246 §§ 1 und 2 des BGBEG unberührt. Durch das Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr wurde auch § 312g BGB verändert.

Danach sind dem Verbraucher bei einem Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr die Informationen gemäß Artikel 246 § 1 Absatz 1 Nummer 4 erster Halbsatz und Nummer 5, 7 und 8 des BGBEG unmittelbar bevor der Verbraucher seine Bestellung abgibt, klar und verständlich in hervorgehobener Weise zur Verfügung zu stellen. Vor Vertragsschluss muss also u.a. über Gesamtpreis der Ware oder Dienstleistung einschließlich aller damit verbundenen **Preisbestandteile** sowie über alle an den Unternehmer abgeführten Steuern oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, seine Berechnungsgrundlage, die dem Verbraucher eine Überprüfung des Preises ermöglicht, informiert werden (so § 1 Abs. 1 Ziffer 7 des Art. 246 BGBEG). Was bedeutet das genau? Der Versorger müsste den Interessenten eines Stromlieferungsvertrags vor **Abschluss des Vertrages** u.a. über die EEG-Umlage, die Konzessionsabgaben, die Strom- und Umsatzsteuer, die KWK- und § 19 Abs. 2 StromNEV-Umlage informieren.

**c) Telemediengesetz.** Bei kommerziellen über Internetplattformen geschlossenen Energielieferverträgen sind insbesondere auch die allgemeinen Informationspflichten aus § 5 TMG einzuhalten. Genannt werden müssen: Name, Anschrift, Rechtsform, der Vertretungsberechtigte, E-Mail Adresse oder Eingabemaske zur schnellen und unmittelbaren elektronischen Kontaktaufnahme, das Handelsregister mit Registernummer. Verstöße gegen diese Mitteilungspflichten sind grundsätzlich **abmahnfähig**.